

Zusammenhalt statt Hass - So geht Links!

In der Kommune, im Land und im Bund stehen Wahlen an. Wir wollen aus allen Wahlen gestärkt hervorgehen. Unser Ziel ist es, unsere Fraktion im Kieler Rathaus mindestens zu verdoppeln und dazu beizutragen, dass DIE LINKE Schleswig-Holstein im Landtag mit einer Fraktion und im Bundestag mit zwei Abgeordneten vertreten ist. Ein weiteres Ziel für uns ist die Steigerung unserer Mitgliederzahl. Ende dieses Jahres wollen wir in Kiel über 200 Mitglieder haben.

Mandate sind kein Selbstzweck. Wir wollen die gesellschaftliche Stimmung nach links verschieben und dem gesellschaftlichen Rechtsruck etwas entgegensetzen. Wir kämpfen für soziale Sicherheit und für Zusammenhalt statt Hass. Alle Menschen, die hier leben, sollen die gleichen Rechte haben. Parolen, die an die NPD erinnern, wie "Heimat statt Multikulti" stellen wir unsere grenzenlose Solidarität entgegen. Wir halten Forderungen nach Abschaffung der Religionsfreiheit für Muslime oder nach der Privatisierung der Sozialversicherungen für unvereinbar mit einer offenen und sozialen Gesellschaft. DIE LINKE in Kiel kämpft stattdessen für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft unabhängig von sexueller Orientierung, Geschlecht oder Herkunft und lehnt Abschiebungen kategorisch ab.

Folgende Punkte sind außerdem für uns auf den verschiedenen Ebenen entscheidend:

Kommunal

Die Wohnungssituation in Kiel ist dramatisch. Beispielhaft dafür steht die Verdreifachung der sogenannten Wohnungsnotfälle von 2012 – 2015 auf knapp 1000. Wir sehen Wohnen als Grundrecht. Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit müssen verboten werden. Kiel braucht eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die groß genug ist, den Markt zu beeinflussen. Dass sich die Mehrheit im Rat einer Kappungsgrenzenverordnung verweigert, die den Anstieg der Mieten in Kiel auf 15% in drei Jahren zumindest bremsen würde, ist skandalös. Es gibt in Kiel kaum noch bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen. Die Mietobergrenzen sind deutlich zu niedrig, bzw. Wohnungen einfach viel zu teuer. Wir fordern die Stadt Kiel auf den Masterplan Wohnen mit der Wohnungsbauwirtschaft aufzukündigen und selber aktiv zu werden.

Die Stadt wird ihrer Verantwortung bei der Ganztagsbetreuung an Grundschulen nicht gerecht. Die Umstellung von Horten auf die betreute Grundschule zeigt in ihrer Umsetzung, dass sich die Befürchtungen vieler Betroffener bewahrheiten: Viel zu große Gruppen werden von zu wenig und überfordertem Personal betreut, dem keine regelmäßigen Fortbildungen angeboten werden und die räumlichen Gegebenheiten entsprechen nicht den Ansprüchen, die für eine Nachmittagsbetreuung notwendig sind. Wer sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Fahne schreibt, wird so unglaubwürdig.

Die Mittagsversorgung im Ganztagsbereich sowohl an Schulen als auch an Kindertagesstätten und Krippen muss auch für Kinder mit schlechtem finanziellen Hintergrund sichergestellt sein.

Deshalb ist die Finanzierung eines kostenfreien Mittagessens in diesen Einrichtungen in unseren Augen Aufgabe der öffentlichen Hand.

DIE LINKE in Kiel ist die Partei der Bürger_innenentscheide, die sich gegen größenwahnsinnige Projekte der Stadtpolitik einsetzt. Bei Möbel Kraft und Nolympia haben wir gegen alle anderen Parteien kraftvolle

Kampagnen auf die Beine gestellt. Beim Bürger_innenentscheid zum Flughafen wollen wir ebenfalls mitmischen. Wir bieten den GRÜNEN in diesem Punkt unsere Zusammenarbeit an.

Die Landesebene

Auch im Landtagswahlkampf wird bezahlbarer Wohnraum eine große Rolle spielen. Die Sozialbindung für geförderten Wohnraum muss wieder auf 70 Jahre angehoben werden. Das Land muss öffentlichen Wohnungsbau fördern.

Das Land muss einen Fonds für die Renovierung und den Neubau von Schulgebäuden zur Verfügung stellen. Um Unterrichtsausfall zu verhindern, muss die Anzahl der Lehrer_innen mindestens bei Beibehaltung des derzeitigen Stellenplanes auf 107% angehoben werden, um Krankheit und Sabbatjahre aufzufangen.

Im Bund

Die Mietpreisbremse muss ein wirksames Instrument werden, das flächendeckend gilt. Das setzt Strafzahlungen bei Verstößen und wirksame Kontrollen voraus.

Die Forderungen Leiharbeit verbieten, den Mindestlohn auf mindestens 12 Euro erhöhen und eine Bürger_innenversicherung für die Rente einführen, in die alle einzahlen, sind Alleinstellungsmerkmale der LINKEN. Nur so wird es möglich sein die Armutsquote in Deutschland dauerhaft zu senken.

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und ein Verbot von Waffenexporten; diese roten Haltelinien für eine Koalition mit SPD und GRÜNEN bekräftigen wir. DIE LINKE soll Friedenspartei bleiben.

So geht links!